

TAGUNGSBERICHT

Fach- und Netzwerktagung

Vielfalt gestalten – Ausgrenzung widerstehen

Diakonie & Kirche als Akteure für Demokratie

21. September 2018

10.30 bis 16.30 Uhr

Braunschweig

Demokratiefeindliche Phänomene, Ablehnung demokratischer Grundwerte, Ideologien von angeblicher Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen nehmen zu und begegnen uns in unserem diakonischen und kirchlichen Engagement. Parteien feiern Wahlerfolge, die offen zur Ausgrenzung aufrufen.

Auf der ersten von vier Netzwerk- und Fachtagungen des Projektes „Vielfalt gestalten. Ausgrenzung widerstehen“ der Diakonie Deutschland sind am 21. September 2018 im Theologischen Zentrum in Braunschweig Akteurinnen und Akteure aus Diakonie und Kirche in den Austausch darüber gekommen, wie diesen Entwicklungen zu begegnen ist. Bundesweit werden in Diakonie und Kirche zur genannten Frage Strategien entwickelt, Projekte erprobt, Leitfäden erstellt und Bündnisse eingegangen. Das Wissen hierzu zu teilen und bestehende Aufgaben gemeinsam zu debattieren, war Ziel dieser Veranstaltung.

„Tatsächlich dürfen wir die Gefahr, die von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, von Chauvinismus und von ausgrenzenden und sogar völkischen Ideen ausgeht, nicht unterschätzen.“, betonte **Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland** in Ihrer Begrüßungsrede. Viele Menschen in unserm Land erlebten Feindseligkeit als sehr konkrete Bedrohung im Alltag. Aufgrund von unterschiedlichen Lebenszusammenhängen sei diese nicht für jeden von uns gleichermaßen spürbar. „Haben wir genug Aufmerksamkeit für das, was Sie bewegt und für das was Sie von uns brauchen?“ Frau Loheide lud die Tagungsgäste dazu ein, im Gespräch miteinander die eigene Perspektive zu erweitern und wünschte eine anregende, ermutigende und bestärkende Veranstaltung.



Mareike Grewe, Projektleiterin des Projektes „Vielfalt gestalten. Ausgrenzung widerstehen“, begrüßte die Anwesenden und freute sich über Mitdiskutantinnen und Mitdiskutanten aus vielen Arbeitsbereichen der Diakonie und Kirche. Neben Vertreter und Vertreterinnen von gliedkirchlichen diakonischen Werken, der Fachverbände und der Diakonie Deutschland waren Praktikerinnen und Praktiker aus der Sozialen Arbeit und der Bildungsarbeit nach Braunschweig gereist.



Lebhaft startete der fachliche Austausch mit dem Impulsvortrag von **Dr. Beate Küpper, Professorin für soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituation** an der Hochschule Niederrhein. Welche Herausforderungen stellt Rechtspopulismus an unsere Demokratie? Welche Aufgaben ergeben sich daraus für die Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Saal? Frau Dr. Küpper betonte: „Migration, Integration, Demokratiebildung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit müssen aus der ‚Gedöns-Kiste‘ raus.“ Es gehe darum, zusammen das Gemeinwesen zu gestalten. Frau Küpper rief zur Selbstreflexion in der eigenen Organisation, aber auch der eigenen Person auf. Vorurteile z.B. gegen Frauen, Homosexuelle, Obdachlose oder Sinti und Roma seien weit verbreitet. „Es geht immer auch um eigene Privilegien.“ Diakonie und Kirche sieht Frau Dr. Küpper als wichtige gesellschaftliche Akteure, um dem Rechtspopulismus zu begegnen. „Zugängen zu verschiedenen Milieus und ein fester Leitwert von Nächstenliebe zeichnen Diakonie und Kirche aus.“ Diesen Stärken stünden zu lösende Fragen gegenüber, wie sinkende Mitgliederzahlen oder das diskutierte Selbstverständnis auch politisch aufzutreten.



Im Anschluss machten sich die Teilnehmenden auf den Weg. Auf dem Programm stand ein **Kunstspaziergang durch die Ausstellung „Kunst trotz Ausgrenzung“**, die als Wanderausstellung im Projekt „Vielfalt gestalten. Ausgrenzungen widerstehen“ konzipiert wurde, aktuell durch Deutschland tourt und in Kassel und Braunschweig bereits von 11.500 Interessierten besucht wurde. **Kurator Andreas Pitz** kündigte als kommende Station Chemnitz an und machte auch auf den

Katalog zur Ausstellung aufmerksam, der kostenfrei auf der [Webseite zur Ausstellung](#) bestellt werden kann.

Viel diskutiert wurde nicht nur in der Mittagspause, sondern auch am Nachmittag in vier **Austauschforen**, deren Ergebnisse im Folgenden dargelegt werden.

Ausgrenzung. Wie dem Ausspielen von Betroffenenengruppen begegnen?

Moderation Christian Bakemeier, Geschäftsführer, Verband der Deutschen Ev. Bahnhofsmision

Die Agitation rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppierungen erreicht diakonische Einrichtungen auf unterschiedliche Weise: Menschen mit Migrationshintergrund sind Ziel von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Mitarbeitende diakonischer Dienste, die sich für einen humanitären Schutz und eine gelingende Integration einsetzen, werden als „Gutmenschen“ diffamiert. Auf die besondere Rolle der sozialen Medien wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Nutzer*innen anderer Dienste sind zum Teil für rechtspopulistisches Gedankengut ansprechbar, weil sie sich gegenüber Migrant*innen benachteiligt fühlen. Auch von Mitarbeitenden wird eine Diskrepanz wahrgenommen zwischen dem großen politischen und gesellschaftlichen Engagement, das Geflüchteten zu Teil wird und der jahrelangen Stagnation der politischen Bemühungen um eine wirksame Integration dauerhaft ausgegrenzter Menschen, etwa Langzeitarbeitsloser oder Wohnungsloser. Dieser Widerspruch wird von Rechtspopulist*innen instrumentalisiert, wenn sie öffentlich Spenden „nur für deutsche Bedürftige“ sammeln. Die

Teilnehmenden der Gruppe wünschen sich eine klare und vernehmbare Positionierung der Diakonie gegenüber jeder Form von Ausgrenzung. Unterstützung wird benötigt bei der Förderung des Demokratieverständnisses von Betroffenen, etwa in Form von aktivierenden und partizipativen pädagogischen Konzepten, Materialien in einfacher Sprache, Diskursformaten, etc.. Vermisst wird eine Leitlinie zum Umgang mit der AFD.

Zum Umgang mit Rechtspopulismus in der politischen Lobbyarbeit

Moderation Katja von Damaros, Politische Kommunikation, Vorstandsbüro, Diakonie Deutschland

Zur Lobbyarbeit gehört ein breites Spektrum an Instrumenten. Von Einladungen durch Parlamentarier*innen etwa zu Anhörungen oder Fraktionsveranstaltungen, über die Platzierung von Gesprächsanliegen oder Einladung der Diakonie im parlamentarischen Raum bis hin zur Lobbyarbeit gegenüber Mandatsträger*innen vor Ort. Auch der Kontakt nicht nur zu den Fraktionen in den Parlamenten sondern auch zu den Parteien und ihren Gliederungen gehört dazu. Die Diskussion machte deutlich, dass es im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Politiker*innen nicht „eine Antwort für alle Gelegenheiten gibt“. In der Diskussionsrunde wurde jedoch betont, dass die Diakonie ihre politische Arbeit auf ihr evangelisches Menschenbild und auf das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft gründet. Daher muss sie in ihren Positionen klar und eindeutig gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eintreten. Sie muss nicht auf jede rechtspopulistische Provokation und jeden Tabubruch reagieren, sollte die Entwicklung aber ernstnehmen und mit Gelassenheit und Überzeugung auftreten. Um die eigene Position und Haltung zu stärken wurde in der Gruppe dazu geraten:

- sich auf die politischen Inhalte zu konzentrieren. Die Anwaltschaftlichkeit und die Perspektive der Betroffenen unterstützt die Glaubwürdigkeit (auch gegen Anfeindungen von rechts).
- Zivilgesellschaftliche Bündnisse einzugehen, Reaktionen und Aktivitäten abzusprechen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit bspw. in den Ligen der Freien Wohlfahrtspflege zu suchen und zu stärken.

Hinsichtlich eigener Veranstaltungen wurde betont, dass eine gute Veranstaltungsvorbereitung und Moderation umso wichtiger wird, je eher mit einer Beteiligung von Rechtspopulisten zu rechnen ist. Was die Einladungspraxis angeht, wurde betont, dass es diakonischen Verbänden und Einrichtungen freisteht, selbst darüber zu bestimmen, wer eingeladen wird. Die Frage, ob eine Person inhaltlich etwas zu dem anstehenden Thema oder Problem beitragen kann, sollte wichtiger sein, als die Parteizugehörigkeit.

Bildung.Macht.Demokratie?!

Moderation Christina Wüstefeld, Projektleiterin Vielfalt gestalten – Ausgrenzung widerstehen

In diesem Austauschforum sammelten wir zunächst Fragen und Anliegen der Anwesenden. Diese drehten sich u.a.um die Frage, wie man Demokratiebildung nachhaltig in den Strukturen verankern kann. Ein Vorschlag im Austauschforum war, sich bereits im Rahmen der Ausbildung (z.B. als Diakon*in) mit Möglichkeiten und Ansätzen von Demokratiebildung auseinanderzusetzen, um diese später in die eigene Arbeit tragen zu können. Auch im Rahmen der pädagogischen Begleitung von Freiwilligen ist Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Ausgrenzung ein wichtiges Thema. Eine weitere Frage, die diskutiert wurde, war, wie man mit ganz unterschiedlichen Vorkenntnissen und Voraussetzungen in Bezug auf Demokratie bei den Zielgruppen unserer Arbeit umgeht. Hier bieten sich vor allem erfahrungs- und handlungsorientierte,

lebensebene Methoden an. Zusätzlich zur Diskussion wurden drei bestehende Angebote der Fort- und Weiterbildung vorgestellt:

- Die Ausbildung als Demokratieberater*in im Rahmen der [„Demokratie-gewinnt“ Projekte](#) verschiedener diakonischer Landesverbände am Beispiel Brandenburg.
- Ein [Projekt zur Demokratieförderung in der Kita](#) der Diakonie Deutschland
- Die [Multiplikator*innen-Weiterbildung „Aktiv werden! Für Demokratie – gegen Ausgrenzung“](#) der Diakonie Deutschland und der Bundesakademie für Kirche und Diakonie.

Quartiere und Nachbarschaften im Blick. Demokratieförderung im Sozialraum Moderation Mareike Grewe, Projektleiterin Vielfalt gestalten – Ausgrenzung widerstehen

Mit der Ausgangsthese: „Sozialer Zusammenhalt fängt im Sozialraum an!“ startete das Forum „Quartiere und Nachbarschaften im Blick“ seinen Austausch. Nachbarschaften sind Orte in denen Teilhabe entsteht. Im besten Fall erfahren Menschen hier, dass Sie wahrgenommen werden, dass sie mitreden und ihr Leben wie ihr Umfeld mitgestalten können. Diakonie und Kirche können vor Ort wichtige Partner sein und hier zur Förderung von Demokratie einen wichtigen Beitrag leisten. „Aber nur mit den Leuten zusammen“. Es müsse vor allem um Empowerment gehen und nicht an der Lebenspraxis der Menschen vorbei, sondern gemeinsam geplant und angegangen werden. Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Eltern und Langzeitarbeitslosen wurden ausgetauscht. Daneben würden Strukturen im Kiez eine Rolle spielen: Ermöglichen die Schule oder die Gemeinde Partizipation und Mitbestimmung? Als ein wichtiger Ansatzpunkt wurde zudem Bildung genannt: Was ist eigentlich Demokratie? Es müsse ein neues Verständnis von den Errungenschaften der demokratischen Entwicklungen gewonnen werden, auch um diese Errungenschaften vor dem aggressiven Gegenwind, den die Teilnehmenden in Ihrer täglichen Arbeit spüren, zu verteidigen.



Abschließend lud Herr **Ingo Grastorf, Leiter des neu gegründeten Zentrums „Engagement, Demokratie und Zivilgesellschaft“ der Diakonie Deutschland** zum moderierten Gespräch ein. Es entwickelte sich ein lebhafter Austausch zwischen den Podiums-Gästen und den Tagungsteilnehmenden über die Frage, ob Diakonie und Kirche in Zeiten sich etablierender rechtspopulistischer Bewegungen ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt neu denken müssten.



Ob Shitstorm, Sachbeschädigung oder konkret Bedrohungen von Angestellten und Klient*innen, die Diakonie und ihre Fachverbände müssten die Träger stärken, hierauf angemessen reagieren zu können, forderte **Christine Lohn, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Jugendsozialarbeit (BAG EJSÄ)**. Dass wir neu lernen müssen argumentativ unsere Werte zu verteidigen und Stellung zu beziehen, hob **Christian Bakemeier, Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Ev. Bahnhofsmision**, hervor. Gesprächsstrategien

würden von unterschiedlichen Akteur*innen entwickelt und es gelte diese zu teilen. **Henning Flad, Projektleiter der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGK+R)** weiß zu berichten, das zivilgesellschaftliche Partner, aufgrund ihres Engagements, Verleugnungskampagnen von rechten Gruppen ausgesetzt seien. Hier hieße es Solidarität zu zeigen und in der Lobbyarbeit auf diese Missstände vehement aufmerksam zu machen. **Anke Grewe, Geschäftsführerin der Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH** fragte nach neuen Formaten, um die Menschen zu erreichen. Statt Massenveranstaltungen gelte es kleine Formate umzusetzen. „Und auch digitale Angebote zu schaffen!“, ergänzte ein Tagungsteilnehmer. Hier hätten wir Nachholbedarf. Das es für wirksames Handeln für unsere Demokratie eine nachhaltigere Förderstruktur bedürfe, darüber waren sich alle einig.

Die Tagung endete mit dem Hinweis, dass diese Tagung die erste von insgesamt vier geplanten Fach- und Netzwerkveranstaltungen ist. Vor dem Hintergrund der Europa-Wahlen wird die kommende Veranstaltung am 6. und 7. Dezember 2018 in Brüssel stattfinden. Sie verfolgt das Ziel, zivilgesellschaftliche Ansätze gegen Rechtspopulismus und für ein vielfältiges Europa mit Akteur*innen aus der Europäischen Union zu diskutieren. Die Tagung wird in Kooperation mit unserem Dachverband Eurodiaconia und unsern Partnern der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGK+R) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gemeinsam durchgeführt.

Das Projekt „Vielfalt gestalten. Ausgrenzung widerstehen“ ist Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

